

Verfahren: 003-25-EK2 - Arbeitsmedizinische Betreuung der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

LISTE DER ÖFFENTLICHEN NACHRICHTEN

Nr	Frage	Antwort	Gesendet
1	Sollen die arbeitsmedizinischen Untersuchungen/Vorsorgen ausschließlich in den Räumlichkeiten des Dienstleisters stattfinden?	Grundsätzlich stellt die Räumlichkeit des Dienstleisters den Ort der Leistungserbringung dar. Über Ausnahmefälle kann im Rahmen der Bietergespräche eine Abstimmung erfolgen. Mögliche Ausnahmefälle können vorab als Anlage zum Angebot benannt werden.	23.07.2025 15:05:03
2	Können arbeitsmedizinische Untersuchungen einzeln als Pauschalbetrag nach tatsächlich erbrachter Leistung abgerechnet werden?	Leistungen, die gemäß Mustertabelle der Ausschreibung ausgewiesen werden, sind in entsprechendem Umfang in die Monatspauschale einzupreisen. Darüber hinaus anfallende andere Untersuchungen werden auf Nachweis gemäß abzugebender Stundensätze im Bedarfsfall separat beauftragt und abgerechnet. Bitte mögliche zusätzliche Untersuchungen benennen. Sie können gerne mögliche zusätzliche Leistungen als Anlage zum Angebot benennen. Diese werden dann in den Bietergesprächen herangezogen.	23.07.2025 15:05:03
3	Wie ist der Prozess der Übergabe von Probandenakten geregelt?	Die Probandenakten werden durch die rnv koordiniert, vor Leistungsbeginn durch den bisherigen Dienstleister an den neuen Dienstleister übergeben.	23.07.2025 15:05:03
4	Wurde bislang digital dokumentiert? Wenn ja, mit welcher Software?	Ja, mit MS-Office Produkten. Keine separate Software bekannt.	23.07.2025 15:05:03
5	Dürfen auch ein Facharzt für Arbeitsmedizin sowie ein Weiterbildungsassistent in der Betreuung eingesetzt werden?	Sollte der Weiterbildungsassistent keine abgeschlossene Weiterbildung zum Facharzt für Arbeitsmedizin aufweisen, ist der Einsatz in der Betreuung nicht möglich.	23.07.2025 15:05:03
6	In ihren Vergabeunterlagen - Besondere Vertragsbedingungen, unter §4, Punkt Betriebsärztliche Leistungen schreiben Sie "...Darüber hinaus unterstützt der Auftragnehmer bei der Akutversorgung nach beruflich bedingten psychisch belastenden Ereignissen und bescheinigt im Bedarfsfall die Arbeitsunfähigkeit." Bitte beantworten Sie uns hierzu folgende Fragen: 1.Die Akutversorgung in diesem Bereich erfolgt erfahrungsgemäß durch Notfallpsychologen und nicht durch den Betriebsarzt, soll der Betriebsarzt hier selbst diese Qualifikation mitbringen oder soll er nur einen von Ihnen zusätzlichen beauftragen	Zu 1: Der Betriebsarzt hat den durch die rnv eingesetzten Notfallpsychologen zu unterstützen. Eine spezielle Qualifikation im Bereich Notfallpsychologie ist nicht erforderlich. Zu 2.: Der Betriebsarzt hat im Rahmen seiner Kompetenzen zu agieren. Eine Qualifikation als Vertragsarzt der gesetzlichen Krankenversicherung ist nicht erforderlich. Die Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit erfolgt üblicherweise durch den Hausarzt oder Facharzt und nicht durch den Betriebsarzt.	30.07.2025 10:04:44

Notfallpsychologen unterstützen?

2.Bzgl. der Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit, soll der Betriebsarzt gleichzeitig Vertragsarzt der gesetzlichen Krankenversicherung sein?

Die Vergabeunterlagen werden in diesem Punkt für den nächsten Verfahrensschritt angepasst.

- | | | | |
|---|--|---|---------------------|
| 7 | Verstehen wir es richtig, dass im Schritt Teilnahmewettbewerb noch keine Preise und kein Konzept eingereicht werden sollen? | Korrekt. Es handelt sich hier um ein zweistufiges Verfahren. Im ersten Verfahrensschritt ist die Teilnahme am Teilnahmewettbewerb vorgesehen mit den dort geforderten Unterlagen. Angebote und Konzepte sind nach Aufforderung zur Angebotsabgabe im zweiten Verfahrensschritt einzureichen.

Die Details zum Verfahren und Vorgehen entnehmen Sie bitte dem Verfahrensbrief. | 04.08.2025 10:39:03 |
| 8 | Information: | Derzeit sind noch Bieterfragen in Klärung. Diese werden in den kommenden Tagen beantwortet. Daher wird die Angebotsfrist mit Veröffentlichung der Antworten angemessen verlängert. | 14.08.2025 15:50:11 |
| 9 | <p>Dokument 003-25-EK2_Besondere Vertragsbedingungen K1 :</p> <ul style="list-style-type: none">• §1 Soll die in § 13 der VOL/B geregelte „Abnahme“ von Leistungen auf die arbeitsmedizinische Betreuung angewandt werden und wenn ja, wie soll diese konkret erfolgen?• §3 Ist es möglich, die im Vertrag vorgesehene einseitige Verlängerungsoption des AG (zweimal um jeweils zwei Jahre) dahingehend zu ändern, dass eine beidseitige, einvernehmliche Verlängerungsmöglichkeit vereinbart wird? Das heißt, dass sowohl der AG als auch der AN im gegenseitigen Einvernehmen verlängern können, sofern keine Kündigung mit einer Frist von 6 Monaten vor Ablauf erfolgt?• §4 Werden innerhalb der Betreuung alternativ weitere Experten aus relevanten Fachbereichen unter der Federführung eines Betriebsarztes akzeptiert, wenn dies in Bezug auf die Aufgabenerfüllung der Beratungsqualität nutzt, z.B. Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Psychologen, Sozialberater, Brandschutz- oder Umweltschutzexperten sowie Berater im Betrieblichen Gesundheitsmanagement und arbeitsmedizinische Assistenzen?• §4 Gemäß § 4 des Dokuments „003-25-EK2_Besondere Vertragsbedingungen K1“ soll der Auftragnehmer die Probandenakten der Mitarbeitenden des Auftraggebers führen und archivieren. Ist damit die Führung und Archivierung der arbeitsmedizinischen Vorsorgekartei gemäß §73 Abs.73 | <p>Vielen Dank für Ihre Rückfragen bzw. Anmerkungen. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass bestimmte vertragliche Aspekte im weiteren Verlauf des Verfahrens noch einer Überprüfung unterzogen und gegebenenfalls angepasst werden können. Ihre Hinweise nehmen wir dabei gerne auf. Etwaige Änderungen werden im Rahmen einer entsprechenden Aufforderung zur Angebotsabgabe bekanntgegeben.</p> <ul style="list-style-type: none">• Zu §3: Nein• Zu §4: Nein, da die genannten Fachbereiche in unserem Hause vorhanden sind oder beauftragt werden, außer arbeitsmedizinische Assistenz.• Zu §4: Ja• Zu §5: Regelung ist falsch formuliert. Bei Bedarf beschafft der Auftragnehmer den erforderlichen Impfstoff und rechnet diesen nach Aufwand ab. Die Kosten für das Impfen selbst durch den Betriebsarzt sind in der Pauschale enthalten. Die Vertragsbedingungen wurden angepasst.• Zu §6: Nein• Zu §8: Bei vorhersehbaren Verhinderungen ist ein Vertreter zu benennen. Rechtzeitige Mitteilung sind hierbei 5 Werktage. | 14.08.2025 16:24:52 |

- ArbMedVV gemeint?
- §5 Gemäß § 5 des Dokuments „003-25-EK2_Besondere Vertragsbedingungen K1“ gehören unter anderem die Kosten für Impfstoffe, die vom Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen sind, zu den Sachkosten, welche durch das monatliche Pauschalhonorar gedeckt werden sollen. Wie ist diese Regelung auszulegen?
- §6 Mit welcher Vorlaufzeit werden Termine für die Leistungserbringung zwischen den Vertragsparteien vereinbart? Kann vertraglich vereinbart werden, dass bei Unterschreitung der vereinbarten Vorlaufzeit eine Terminfestsetzung nur in beidseitigem Einvernehmen möglich ist? Können die vom Auftraggeber oder dessen Mitarbeitenden kurzfristig abgesagten Termine, z.B. mit einer Frist von weniger als 5 Arbeitstagen, mit 70% des Honorars der vorgesehenen Leistungen berechnet werden?
- §8 Gemäß § 8 des Dokuments „003-25-EK2_Besondere Vertragsbedingungen K1“ ist eine vorhersehbare Verhinderung des zuständigen Betriebsarztes dem Auftraggeber rechtzeitig mitzuteilen. Wie ist der Begriff „rechtzeitig“ in diesem Zusammenhang zu verstehen – ist beispielsweise eine bestimmte Vorlaufzeit (z.B. in Tagen) vorgesehen?

10	<p><u>Wegfall §?6 „Bedarf für Sonderdienstleistungen“ in Version K1</u></p> <p>In der vorherigen Version der Datei „003-25-EK2_Besondere Vertragsbedingungen_K1“ war ein §?6 „Bedarf für Sonderdienstleistungen“ enthalten. In der aktuellen Fassung der Datei ist dieser Paragraph nicht mehr auffindbar. Wir bitten um Klärung, ob §?6 „Bedarf für Sonderdienstleistungen“ weiterhin Bestandteil der vertraglichen Regelungen ist und lediglich versehentlich entfernt wurde oder ob dieser Paragraph bewusst gestrichen wurde und somit nicht mehr Vertragsbestandteil ist.</p>	<p>Hierbei handelt es sich um einen Fehler. Der Paragraph 6 soll nicht entfallen. Dies wird korrigiert und eine entsprechende Version zur Verfügung gestellt.</p>	14.08.2025 16:24:52
11	<p><u>Dokument 003-25-EK2 Leistungsbeschreibung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • S. 2 Ist vorliegend die namentliche Benennung eines einzelnen Betriebsarztes als vertraglich bindend vorgesehen, sodass ausschließlich dieser die Leistung erbringen darf? Oder besteht die Möglichkeit, im Angebot mehrere geeignete Betriebsärzte (z.B. auch zur Vertretung oder im Turnus) zu benennen bzw. im Vertragsverlauf bei Vorliegen sachlicher Gründe (z.B. Ausscheiden, Verfügbarkeit) einen Austausch vorzunehmen? 	<p>Zu S2: Namentliche Benennung ist vertraglich vorgesehen. Ein zentraler Betriebsarzt ist erforderlich. Bei vorhersehbaren Verhinderungen ist ein Vertreter zu benennen. Rechtzeitige Mitteilung sind hierbei 5 Werktage.</p> <p>Zu S2: Nein, hier wird erwartet, dass der Betriebsarzt über die Themen beraten und geeignete Maßnahmen ableiten kann.</p> <p>Zu S2: Orientierender Drogentest ist ausreichend.</p> <p>Zu S3: Ja.</p>	14.08.2025 16:24:52

- S. 2 Drogenberatung fällt in den Aufgabenbereich von Selbsthilfegruppen und caritativen Einrichtungen. Im Rahmen der arbeitsmedizinischen Betreuung beschränkt sich unsere Leistung auf die Überprüfung des erfolgreichen Abschlusses von Entgiftungs- und Verhaltensänderungsmaßnahmen sowie auf die Prüfung der rechtssicheren Nachweise der dafür zugelassenen Institutionen. Entspricht diese Leistungsabgrenzung den Anforderungen der Leistungsbeschreibung?
- S. 2 Unsere Drogentests sind orientierende Drogensuchtests im Rahmen der Erstuntersuchung. Für rechtssichere Tests müssen wir an dafür zugelassenen Institutionen verweisen. Entspricht diese Vorgehensweise den Anforderungen gemäß Ihrer Leistungsbeschreibung?
- S. 3 Werden die zu beachtenden Betriebsvereinbarungen vorab durch den AG bereitgestellt?

12

Dokument AEB DL Stand Januar 2024:

- §8 (5) Fallen Mitarbeitende verbundener Unternehmen i.S.d. §§ 15 ff. AktG und freie Mitarbeitende unter den Begriff „Unterauftragnehmer“ und bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung?
- §8 (6) Der vorliegende Passus geht an mehreren Stellen über die Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) hinaus, insbesondere durch die Garantie der Einhaltung in globalen Lieferketten und die Verpflichtung aller unmittelbaren Zulieferer. Da das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) ein risikobasiertes Vorgehen vorsieht, bitten wir um Bestätigung, ob eine Anpassung des betreffenden Passus möglich ist, sodass dieser den gesetzlichen Anforderungen und der praktischen Umsetzbarkeit entspricht?
- §11 (1) Gemäß § 11 Abs. 1 AEB DL Stand Januar 2024 wird eine Mindestdeckungssumme von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden und Jahr (maximal zweifach) genannt. Im Verfahrensbrief (003-25-EK2_Verfahrensbrief TW) hingegen werden pauschal Mindestdeckungssummen von 10 Mio. € für Personenschäden sowie 5 Mio. € für Sach- und Vermögensschäden pro Jahr gefordert. Dürfen wir davon ausgehen, dass die im Verfahrensbrief genannten Deckungssummen maßgeblich sind?
- In § 12 AEB DL Stand Januar 2024 wird ausgeführt, dass der Auftragnehmer und

zu §8 (5): Mitarbeitende verbundener Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG sowie freie Mitarbeitende gelten grundsätzlich nicht als Unterauftragnehmer im engeren Sinne. Sollten sie jedoch eigenständig Leistungen im Rahmen des Auftragsverhältnisses erbringen, die über eine persönliche Mitarbeit hinausgehen, ist dies im Einzelfall zu prüfen. Eine Klarstellung oder Anpassung des Wortlauts kann im weiteren Verfahren geprüft werden.

14.08.2025 16:24:52

Zu §8 (6): Ihr Hinweis auf die risikobasierte Ausgestaltung des LkSG ist nachvollziehbar. Wir bestätigen, dass eine Überprüfung des Passus hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den gesetzlichen Vorgaben und der praktischen Umsetzbarkeit vorgesehen ist. Etwaige Anpassungen werden im Rahmen der Angebotsaufforderung bekanntgegeben.

Zu §11 (1): Vielen Dank für den Hinweis. Bezüglich der Versicherung möchten wir darauf hinweisen, dass in den Besonderen Vertragsbedingungen die Reihenfolge der Dokumente und deren Gültigkeit geregelt wird. Dort wird klargestellt, dass die Besonderen Vertragsbedingungen Vorrang vor den AEB Dienstleistungen haben. Insofern gilt, was hierzu in den Besonderen Vertragsbedingungen steht. Dies betrifft auch alle weiteren Punkte, in denen sich die Dokumente ggf. widersprechen.

Zu §12: Wir bestätigen, dass Betriebsärzte im Rahmen ihrer fachlichen Aufgabenwahrnehmung gemäß den berufsrechtlichen Vorschriften unabhängig agieren. Die im § 12 genannten Weisungsrechte beziehen sich nicht auf medizinisch-fachliche Entscheidungen. Die

dessen Bedienstete den mündlichen und schriftlichen Weisungen des Auftraggebers Folge leisten müssen und umfangreiche Informations- sowie Zugangsrechte eingeräumt werden. Können Sie bitte bestätigen, ob die vom Auftragnehmer eingesetzten Betriebsärzte im Rahmen der Ausübung ihrer Fachkunde und Aufgabenerfüllung von Weisungen des Auftraggebers frei bleiben und somit eigenverantwortlich agieren können?

- Wir verstehen § 16 AEB DL_Stand Januar 2024 dahingehend, dass dem Auftraggeber keine ausschließlichen Nutzungsrechte an den vom Auftragnehmer erstellten oder bereitgestellten Gestaltungen, Mustern, Designs etc. eingeräumt werden. Dies gilt ebenso im Hinblick auf etwaige Workshops, Vorträge oder ähnliche Leistungen, die der Auftragnehmer im Rahmen des Vertragsverhältnisses durchführt. Ist diese Auslegung zutreffend?

Unabhängigkeit der Betriebsärzte bleibt hiervon unberührt.

Zu §16: Der Auftraggeber erhält keine ausschließlichen Nutzungsrechte an standardisierten Leistungen wie Workshops, Vorträgen oder allgemeinen Gestaltungen, sofern diese nicht spezifisch für den Auftraggeber erstellt wurden. Die Vertraulichkeit der Daten der rnv muss gewährleistet sein.

13

Dokument 003-25-EK2_Verfahrensbrie f TW: Gehen wir recht in der Annahme, dass sich die in Ziffer 2.5.9 des Dokuments 003-25-EK2_Verfahrensbrie f TW genannten Deckungssummen jeweils auf alle Schadensfälle eines Versicherungsjahres insgesamt beziehen – und nicht auf jeden einzelnen Schadenfall? Bedeutet dies demnach, dass eine jährliche Höchstgrenze der Mindestdeckungssummen, getrennt nach Personen-/Sachschäden sowie Vermögensschäden, für die Gesamtheit aller Schadensfälle innerhalb eines Jahres in der angegebenen Höhe gilt und akzeptiert wird?

Außerdem wird eine unbegrenzte Nachhaftungspflicht gefordert, auch im Todesfall des Versicherungsnehmers sowie bei Liquidation/Insolvenz des Auftragnehmers. Unser Versicherungsvertrag sieht eine Nachhaftung von bis zu 5 Jahren bei vollständiger Betriebseinstellung vor. Wird diese 5-jährige Nachhaftung als ausreichend anerkannt? Oder wird eine konkret benannte zeitlich unbegrenzte Nachhaftungszusage eines Versicherers zwingend verlangt, auch wenn marktüblich Nachhaftungen auf 5 Jahre beschränkt sind?

Die Deckungssummen beziehen sich auf den Gesamtbetrag aller einzelnen Schadensfälle je Schadensart pro Jahr. Dies sind hier pro Jahr:

- 10 Mio. Euro pauschal für Personenschäden
- 5 Mio. Euro pauschal für Vermögensschäden
- 5 Mio. Euro pauschal für Sachschäden

Ein Nachweis hierüber wird akzeptiert.

Die Nachhaftung kann auf 5 Jahre beschränkt werden. Der Verfahrensbrief wird dahingehend angepasst.

14.08.2025 16:24:52

14

Zu §6 Sonderleitungen: Ist es möglich sicherzustellen, dass Einkaufspreise im Rahmen der Vertragsdurchführung nicht offengelegt oder direkt weitergegeben werden?

Es handelt sich bei den aktuell informativ angehängten Vertragsbedingungen um einen Entwurf. Ein entsprechender Passus zur Vertraulichkeit hinsichtlich der Konditionen und Einkaufspreise kann, nach interner Prüfung des Auftraggebers, mit Aufforderung zur Angebotsabgabe in die Vertragsbedingungen aufgenommen werden. Ein Austausch über die Vertragsbedingungen kann im Rahmen der

15.08.2025 13:23:01

15

ACHTUNG:

Bietergespräche erfolgen.

Bereits eingereichte Teilnahmeanträge sind
ERNEUT EINZUREICHEN und zu bestätigen.

15.08.2025 13:23:34